

An:

Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 100572  
10565 Berlin Deutschland



Absender  
Bürgerinitiative  
Steinwald sagt NEIN zur Monstertrasse  
Martin Wittmann  
Wernersreuth 12  
95700 Neusorg

## **Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 - Erster Entwurf“ vom 16.04.2014**

Mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme bin ich einverstanden

### 1. Kritik am Verfahren der Beteiligung

Zuerst möchten wir die Methode dieser Konsultation an sich kritisieren. Durch den geplanten Bau der Stromtrasse Süd-Ost (Seite 243ff: Maßnahme D9 und D10a/b Neubau der HGÜ-Verbindungen zwischen Bad Lauchstädt - Meitingen bzw. Meitingen – Güstrow), wurden wir erst auf das Thema aufmerksam. Trotz einer guten Vernetzung und ausgesprochen aufmerksamer Medienstudie, konnten wir erst in der zweiten Woche im Mai von der Möglichkeit der Konsultation erfahren. Für eine ernst gemeinte Beteiligung der Öffentlichkeit muss diese Möglichkeit auch angemessen veröffentlicht werden. Ihre Internetseite wird selbst von interessierten Bürgern nicht regelmäßig besucht. Von Bürgern ohne Internet ganz zu schweigen. Erst durch in Initiativen organisierten Bürgern wurden Landratsämter, Fachbehörden und auch die breite, interessierte Öffentlichkeit informiert. Natürlich ist es dann auch nicht möglich allzu fundiert auf den Plan Stellung zu nehmen, da interessierte Laien einen Plan mit 400 Seiten unmöglich in der verbleibenden Zeit komplett durcharbeiten und fundiert kommentieren können. Daher werden Sie viele vorgefertigte und ähnliche Konsultationen erhalten. Sehen Sie das bitte auch als Kritik am Verfahren, das den meisten Bürgern die Möglichkeit nimmt sich wirklich mit dem Thema auseinander zu setzen. Trotzdem sind wir dankbar, dass die Möglichkeit an sich besteht und **wollen auch weiterhin am Verfahren beteiligt werden.**

Die meisten der von uns getroffenen Behauptungen sind in dieser Stellungnahme noch nicht mit Quellen hinterlegt. Dafür reichte die Zeit für eine fundierte Recherche leider nicht aus. Wir werden aber weiter an dem Thema dranbleiben und Ihnen gerne die Quellen für die Kritikpunkte nennen, oder wenn wir vom Gegenteil überzeugt werden, Kritikpunkte auch wieder zurückziehen. Wir hoffen auf eine weitere rege Diskussion.

Netztechnische Berechnungen sind durch einen Normalbürger nicht möglich. Experten in diesem Zeitraum aber unmöglich engagierbar. Außerdem sind die dem NEP 2014 zugrundeliegenden Berechnungen gar nicht veröffentlicht. Wir fordern die Veröffentlichung der dem NEP 2014 zugrunde liegenden Berechnungen und Modelle und damit auch die Möglichkeit diese durch externe Experten überprüfen zu lassen. Auch nach der Konsultation würde eine solche Prüfung noch Sicherheit für das weitere Verfahren bieten.

## 2. Kritik am Verfahren der Planung

Als bis vor kurzem von diesem Thema unbelegte Bürger, kommt uns der Ansatz den der NEP verfolgt, ja das gesamte Planungsverfahren falsch herum aufgezogen vor. Mit dem NEP und ebenso mit dem Szenariorahmen wird in erster Hinsicht die Seite der Stromproduktion betrachtet. Diese wird in verschiedenen Szenarien in die Zukunft projiziert und daraus werden dann die entsprechend notwendigen Ausbaumaßnahmen der Netze abgeleitet. Eigentlich muss die Betrachtung einer solchen Planung doch zwingend mit dem Stromverbrauch beginnen. Dafür muss der zukünftige Strombedarf, auch unter den Möglichkeiten einer gesteigerten Effizienz betrachtet werden. Dabei zwingend auch die Frage des Ortes und der zeitlichen Varianzen des Strombedarfes mit einfließen. Diese „Karte“ des zukünftigen Strombedarfes kann dann mit der bestehenden und prognostizierten Stromproduktion und den Stromnetzen überlagert werden. Aus den Differenzen wird der Handlungsbedarf abgeleitet. Dabei müssen alle veränderbaren Faktoren sinnvoll ins Verhältnis zueinander gesetzt werden. Eine einseitige Beplanung der Netze, unter Vernachlässigung aller anderer Faktoren wie Einsparpotential, Regionalisierung, Änderung der Marktmechanismen und vielen weiteren, führt zwangsläufig, wie aus dem NEP 2014 ersichtlich, zu einem erhöhten Ausbaubedarf. Wir fordern die Einbeziehung aller planerischen Größen für eine zukünftige Energieversorgung.

Die im NEP 2014 erwähnten Marktmechanismen werden als alles beherrschender Rahmen betrachtet. Dabei sind gerade diese am leichtesten beeinflussbar, da von keiner physikalischen Präsenz. Der politische Wille alleine würde ausreichen die Marktmechanismen zu ändern und alle Maßnahmen, die sich darauf berufen unnötig zu machen. Dabei kommen uns die geschilderten angeblich freien Marktmechanismen sowieso alles andere als frei und schon gar nicht demokratisch vor. Die in Ihren Grundkosten billigste Stromproduktion hat danach den Vorrang vor teureren, egal ob diese andere Vorteile haben, oder einen wesentlich geeigneteren Produktionsort. Für den dadurch nötigen eigentlich sinnlosen und wohl auch in vielen Fällen gesamtwirtschaftlich teureren Stromtransport muss aber pauschal die Allgemeinheit sorgen. Das wäre etwa so, als ob ein Autoteilehersteller billig in Indien produziert, dann aber allen Autofahrern den Reifentransport zum Autohersteller anlasten könnte. Einschließlich der Baukosten für Hochseehäfen und Schienen. Das unnötige Solidarisieren von Transportkosten verzerrt den Markt zu Gunsten billiger Produktionsstandorte und belastet damit in unnötiger Weise mehrfach. Das ist weder ein freier Markt, noch sinnvoll. Der Stromtransport muss entweder mit in die Berechnung der Grenzkosten eingehen, oder die genannten Marktmechanismen sind gleich zu Gunsten einer anderen Methode zu ändern. Z.B. Bezahlung für Grundlastbereitstellung und für schnell reagierende Ausgleichskraftwerke unabhängig von ihren Grenzkosten aber abhängig von ihrer sinnvollen Netzintegration und ihrer Pufferwirkung auf die Erneuerbaren Energien.

Die Begründung der Notwendigkeit des Ausbaues unserer Netze für den internationalen Stromhandel, wie es immer wieder im gesamten NEP 2014 deutlich wird, lehnen wir vehement ab. Dieser Faktor ist der größte Skandal im gesamten Plan, da hier deutlich wird, das auf Kosten der deutschen Stromkunden und der Anlieger an den Trassen ein Übertragungsnetz so ausgebaut werden soll, dass wenige große Stromproduzenten in Deutschland mit zum Großteil klimaschädlichen Kohlestrom als Stromexporteure ihre durch die dezentrale Energiewende gefährdeten monopolistischen Geschäftsmodelle retten wollen.

Im NEP 2014 wird im Grunde davon ausgegangen das der gesamte regenerativ erzeugte Strom vom Netz aufgenommen werden muss. Das kann durch Produktionsspitzen gerade bei Starkwind große Kapazitäten bedeuten. Beispiele dafür sind auch die großen HGÜ-Leitungen, welche laut NEP 2014 auch für den Windstrom gebaut werden sollen. Dabei liegen schon längst Studien vor, welche eine Kappung der Stromspitzen befürworten. Würde nur auf wenige Prozent der Produktionsspitzen verzichtet, könnte der Netzausbau schon kleiner ausfallen. Das Selbe gilt natürlich auch für die Photovoltaik-Anlagen. Da ich selbst Besitzer einer kleinen 5kVp Anlage bin, weiß ich, dass die technischen Einrichtungen dafür (z.B. Funkrundsteuerempfänger) schon längst

realisiert sind. Es bräuchte nur die Entscheidung das auch einzusetzen und wir bräuchten deutlich weniger Netzausbau und hätten weniger Überschussstrom. Der NEP 2014 geht in seinen Modellen darauf nur ungenügend ein.

Mit der Möglichkeit der Vergasung von Überschussstrom und der Einleitung desselben in die Gaspipelines, steht uns in naher Zukunft eine gut funktionierende Speicher- und Transportmöglichkeit zur Verfügung. Die im NEP 2014 vertretene Ansicht diese Technik könne nicht in die Planung einfließen, da noch nicht ausgereift, muss vehement widersprochen werden. Für diese Technik wird von Herstellern schon jetzt offensiv geworben, und einige Prototypen sind schon längst in Bau oder laufen schon. Im selben Plan werden noch nie in diesem Ausmaß, mit dieser Technik gebaute HGÜ-Leitungen geplant. Manche der dafür nötigen Bauteile sind bisher nur im Labor vorhanden. Ebenso werden im NEP 2014 Speicherseen in Süddeutschland beplant, welche noch nicht einmal in Planung sind. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen.

Eine weitere im Plan vernachlässigte einfach umsetzbare Technik zum Ausgleich der bei einem Wegfall der Atommeiler zu erwartenden Stromlücke und zugleich mit großer Pufferwirkung für den schwankenden Ausgleichsbedarf ist die Aufrüstung der in Süddeutschland schon großflächig vorhanden Biogasanlagen. Eine Verdoppelung der Gasspeicher und der Gasmotoren (wie schon zur Stützung der Versorgung des Münchner Flughafens im Raum Freising geschehen), zusammen mit einer einfachen Steuermöglichkeit durch den ÜNB, hätte ein enormes Ausgleichspotential bei vergleichbar kleinem Aufwand. Die Vertreter der Biogasbetriebe würden ein solches Konzept ausdrücklich begrüßen. Es findet aber keine Erwähnung im NEP 2014.

### 3. Kritik an der HGÜ-Strompassage Süd-Ost

Im speziellen richten wir unsere Stellungnahme gegen die geplante Netzausbaumaßnahme Seite 243ff: Maßnahme D9 und D10a/b Neubau der HGÜ-Verbindungen zwischen Bad Lauchstädt - Meitingen bzw. Meitingen – Güstrow.

Wir fordern, dass kein Neubau dieser Trasse ermöglicht wird, bis ihre Notwendigkeit von unabhängiger Expertenseite zweifelsfrei belegt wird. Der Beweis, dass ohne diese Trasse die Stromversorgung Bayerns gefährdet sei, blieb bisher aus. Außerdem wurden keine alternativen Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahr geprüft. Dies könnte sowohl ein Gaskraftwerk sein, als auch der Verstärkte Einsatz von Kraftwärmekopplungen oder die Aufrüstung von Biogasanlagen.

Es muss zweifelsfrei eine gesundheitliche Belastung der Bevölkerung durch den Bau und Betrieb der HGÜ ausgeschlossen werden. Aus den bisher veröffentlichten Studien wird nicht klar ersichtlich wie die Grenzwerte für eine Gleichstromleitung zu Stande kommen. Vergleichsstudien und Studien bei bereits bestehenden HGÜ-Leitungen in anderen Ländern fehlen. Studien über erhöhten Anteil von ionisierten Stäuben, Orientierungseinbußen bei Wild und Nutztieren oder den Menschen, oder vielen anderen diskutierten Gefahren, könnten leicht durchgeführt werden, fehlen aber bislang. Wir fordern zwingend solche Studien bevor diese Technik auf langen Strecken durch unsere Heimat gebaut werden kann.

Viele weitere Punkte, welche im Detail natürlich nicht im NEP 2014 erwähnt und geregelt werden sprechen aus unserer Sicht gegen diese Leitung. Dabei können wir, als lokal organisierte Bürger hauptsächlich die lokalen Faktoren durch einen solchen Leitungsbau in unserer Heimat den Steinwald kommentieren. Wir befürchten Gefahren für unsere Trinkwasserversorgung, für die Forstwirtschaft, gravierende Einschnitte in den Fremdenverkehr, die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden, die lokale Kultur und besonders für unseren Naturpark Steinwald mit allen seinen Kulturellen und Ökologischen Werten, der durch den geplanten Trassenverlauf deutlich beschnitten wird. Wir sehen die Methoden der weiteren Planung der Trassen, die angewendeten Umweltprüfungen und die Möglichkeiten der Enteignung und Entrechtung im weiteren Planungsverlauf als einen Rechtsstaat nicht würdig an. Wir sehen uns als Anlieger, die Bürger an sich, alle Stromkunden, die Gemeinden und lokale Fachbehörden entmündigt. Dabei ist uns klar,

dass andere Regionen, ähnliche Befürchtungen plagen. Daher sehen wir die Gesellschaftliche Komponente im NEP 2014 grob vernachlässigt. Wir sehen es auch als Teil der Planung der weiteren Netzentwicklung in Deutschland an, dass die gesellschaftliche Umsetzbarkeit von Großprojekten mit in die Planung einfließt. Das technisch noch so durchdachte und richtige Konzept (was wir hier noch lange nicht sehen), wird ohne gesellschaftliche Akzeptanz trotzdem unmöglich. Die Aufgabe der Netzentwicklung kann dabei nicht nur aus der Forderung an die Politik bestehen, die gesellschaftliche Akzeptanz zu erzeugen. Wer so etwas fordert, hat unser politisches System in Deutschland nicht verstanden und will es auf den Kopf stellen.

Es ist auch die Aufgabe der Netzentwicklung und aller Beteiligten gesellschaftlich akzeptable Lösungen für die Energiewende zu finden. Im Moment scheinen die Planer in Ihren technischen und energiewirtschaftlichen Elfenbeintürmen zu sitzen und können nicht verstehen, weshalb die Bürger gegen 70m hohe Masten aufbegehren. Die Zeiten sind vorbei, als mit dem Versprechen von Wohlfahrt und elektrischem Licht, im ganzen Land Großprojekte umsetzbar waren. Wir müssen andere intelligentere, wohl auch hier und da aufwendigere Lösungen für eine Zukunft in Deutschland finden. Wir als Bürgerinitiative wollen weder die Energiewende noch die Infrastrukturentwicklung in Deutschland verhindern. Wir wollen im Sinne von Wirtschaftsminister Gabriel mithelfen, „die Menschen bei der Energiewende mitzunehmen“. Doch dafür ist es leider noch ein weiter Weg.

Mit Freundlichen Grüßen

Martin Wittmann

Sprecher der Bürgerinitiative Steinwald sagt NEIN zur Monstertrasse